

## WOHLFAHRT, KOMPROMISS UND KONFLIKT – Raum-zeitliche Veränderungen von politischen Kräfteverhältnissen

1. Der nationale Wohlfahrtsstaat als territorialer Kompromiss .....	202
1.1. Der Wohlfahrtsstaat als Sonderfall kapitalistischer Entwicklung .....	202
1.2. Erste Zugeständnisse an die Arbeiterschaft ....	203
1.3. Liberale Wirtschaftspolitik als Disziplinierungsinstrument .....	204
1.4. Der Sozialstaat als Erfolgsmodell .....	205
1.5. Die Gier erwacht erneut .....	209
2. Den Konflikt wagen .....	213

Auszug aus WISO 3/2004

**isw**

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Weingartshofstraße 10  
A-4020 Linz, Austria  
Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889  
E-Mail: [wiso@ak-ooe.at](mailto:wiso@ak-ooe.at)  
Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

**Andreas Novy**

ao. Universitäts-  
professor für Stadt-  
und Regional-  
entwicklung an der  
Wirtschaftsuniversität  
Wien und  
wissenschaftlicher  
Leiter des Paulo  
Freire Zentrums

## 1. Der nationale Wohlfahrtsstaat als territorialer Kompromiss

*geänderte  
Machtverhältnisse*

Der Wohlfahrtsstaat ermöglichte den meisten Menschen Westeuropas ein geografisch und historisch einzigartiges Maß an Freiheit in der Gestaltung ihres Lebens. Gesundheit, Bildung und Altersvorsorge galten als Bedürfnisse, deren Befriedigung eine Verpflichtung der Allgemeinheit ist. Gerade angesichts und wegen der gegenwärtig stattfindenden Demontage bleibt der Sozialstaat eine wichtige Referenz für alle diejenigen, die sich für eine andere Welt einsetzen. So wie sich seine Entstehung einem ganz speziellen politischen Kräfteverhältnis verdankt, so ist der gegenwärtige Sozialstaatsabbau Ausdruck geänderter Machtverhältnisse. Er ist das Ergebnis einer politischen Niederlage derjenigen Kräfte, die sich für Gerechtigkeit und Freiheit für alle einsetzen. Stimmt man dieser These zu, so hat dies grundlegende Konsequenzen für das Handeln engagierter Menschen im 21. Jahrhundert.

### 1.1. Der Wohlfahrtsstaat als Sonderfall kapitalistischer Entwicklung

*Wohlfahrtsstaat  
war Sonderfall*

Der Wohlfahrtsstaat ist ein Kompromiss zwischen Arbeit und Kapital, der dauerhaftes Wirtschaftswachstum durch die Kooperation von Arbeit und Kapital ermöglichte. 50 Jahre lange dominierte auch in Österreich dieses auf Konsens aufbauende Gesellschaftsmodell, dessen politische Säulen die Sozialpartner waren (Belabed 2003). Für viele der älteren ÖsterreicherInnen stellt dieses Modell das „normale“ Gesellschaftsmodell dar; für die jüngeren gilt die Sozialpartnerschaft als das „alte“ Modell und der aus dem 18. Jahrhundert stammende Liberalismus als „neu“. Den Wohlfahrtsstaat einer Insel der Seligen als normal anzusehen verkennt die Logik des Kapitalismus, der auf Wettbewerb und ständiger Umwälzung beruht. Seine Existenz verdankt sich vielmehr glücklichen Umständen. Immer klarer zeigt sich, dass er sowohl historisch als auch geografisch einen Sonderfall kapitalistischer Entwicklung darstellt.

talistischer Entwicklung darstellt. Der Kapitalismus ist eine weltumspannende Ordnung. Räumliche Eingrenzungen gelten als Barrieren gesehen, die zu überwinden sind. Weltumspannende Kreditmärkte und internationalisierte Produktion gehören ebenso zu normalen Strategien wie Kolonialismus, Imperialismus und Krieg. Einen nationalen Machtraum zu haben, innerhalb dessen die Arbeiterschaft am Wohlstand teilhaben kann, erscheint wie ein Fremdkörper für ein Wirtschaftssystem, das auf Expansion ausgerichtet ist. Warum gab es jahrzehntelang diesen Wohlfahrtsstaat und warum ist gegenwärtig seine Demontage so einfach?

### 1.2. Erste Zugeständnisse an die Arbeiterschaft

Der Kapitalismus beruht auf dem zentralen Widerspruch von Kapital und Arbeit, der sich wirtschaftlich als Kampf zwischen Unternehmen und Lohnabhängigen darstellt. Politisch basiert er auf einer Machtstruktur, die das Produzieren und damit den zentralen Aspekt von Gesellschaftsgestaltung zu einer Privatangelegenheit macht und Politik auf den Bereich der Verwaltung einengt. Der ungleiche Kampf zwischen Besitzenden und zur Lohnarbeit Gezwungenen wurde im Laufe des 19. Jahrhunderts zu einer kollektiven Auseinandersetzung. Der nationale Wohlfahrtsstaat war keine Erfindung progressiver Kräfte, sondern Ergebnis einer harten politischen Auseinandersetzung und massiver Interessenkonflikte. Reformbereite konservative Kräfte, wie Bismarck in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg oder die christdemokratischen Parteien in vielen Ländern Europas nach dem Zweiten Weltkrieg, wollten die bestehende kapitalistische Ordnung durch soziale Reformen absichern. Linke Parteien und Gewerkschaften arbeiteten an gesellschaftlichen Alternativen im und zum Kapitalismus.

*Wohlfahrtsstaat war Ergebnis politischer Auseinandersetzung und Interessenskonflikte*

Die Arbeiterbewegung, bestehend aus Gewerkschaften, Genossenschaften und Parteien, verfolgte immer schon zwei Stoßrichtungen gleichzeitig: Zum einen ging es ihr kurzfristig darum, die Auswüchse des Kapitalismus zu bekämpfen. Zum anderen organisierte sie sich als eine politische und kulturelle

*bis in die 1930er  
Jahre wurde der  
Kapitalismus-  
kritik breiter  
Raum gewidmet*

Bewegung für den weltweiten Aufbau einer solidarischen und gerechten Gesellschaft jenseits des Kapitalismus. Bis in die 1930er Jahre widmeten sich die besten Köpfe Europas diesem Anliegen (Hobsbawn 2002).

Doch nicht nur auf Seiten der politischen Linken entstanden Kräfte, die den Kapitalismus kritisierten und verändern wollten. Weit über die Arbeiterbewegung hinaus wurde der Frage von Arbeit und Kapital breiter Raum gewidmet. So hieß es schon 1891 in der Enzyklika von Papst Leo XIII. „Rerum Novarum“: „Das Kapital ist in den Händen einer geringen Zahl angehäuft, während die große Menge verarmt.“ Es gab somit schon vor dem Ersten Weltkrieg eine breit getragene Einsicht, dass Reformen notwendig sind.

### **1.3. Liberale Wirtschaftspolitik als Disziplinierungsinstrument**

Nach dem Ersten Weltkrieg und der Niederschlagung revolutionärer Bewegungen wurde in Österreich und in Deutschland kurzfristig die Sozialdemokratie zur treibenden Kraft. Sie konsolidierte Kapitalismus und parlamentarische Demokratie gegen die antikapitalistischen Revolutionäre und konnte wichtige Maßnahmen in Richtung Sozialstaat setzen. Sie verlor diese Rolle als treibende Reformkraft jedoch mit der gleichen Geschwindigkeit, mit der das Drohpotenzial der Arbeiterbewegung schrumpfte. Als auch die Wahlerfolge ausblieben, sank die Bereitschaft der Herrschenden, Kompromisse einzugehen, rasant. In Österreich spielte hierbei die liberale Wirtschaftspolitik unter dem christlichsozialen Bundeskanzler Seipel eine wichtige Rolle. Er führte den „Alpendollar“ Schilling als neue Währung ein und verfolgte eine Politik des ausgeglichenen Budgets (Becker, Novy 1999). Diese liberale Politik schwächte die von Lohneinkommen Abhängigen und begünstigte zumindest kurzfristig die Vermögensbesitzenden. Der Liberalismus bestimmte das Denken: Entweder es werden die Löhne gesenkt oder die Betriebe verlieren an Wettbewerbsfähigkeit und wandern ab. Entweder die Sozialausgaben

werden eingeschränkt oder das Budgetdefizit explodiert: So lauteten schon in den 1920er Jahren die wirtschaftspolitischen Alternativen (Polanyi 1978: 303). Diese liberale Wirtschaftstheorie wurde zwar von Keynes (1991) widerlegt und ist wissenschaftlich unhaltbar, weil sie Wirtschaften als statisches Nullsummenspiel ansieht statt als dynamischen Prozess. Sie ist aber sehr hilfreich, wenn es darum geht, diejenigen zu disziplinieren, die höhere Löhne und mehr Sozialleistungen fordern. Dies führte wegen der fehlenden Kaufkraft in die größten Krise, des Kapitalismus, in die Weltwirtschaftskrise 1929 (Screpanti, Zamagni 2001: 229) und in den Faschismus. Das Desaster des Laisser-faire-Liberalismus war nicht nur für das Massenelend verantwortlich, sondern untergrub in vielen Staaten Europas auch die Fundamente der Demokratie.

*bereits in 1920er  
Jahren gleiche  
Schlagworte  
wie heute*

#### 1.4. Der Sozialstaat als Erfolgsmodell

Nach dem 2. Weltkrieg war die Lage anders: Die Konzerne waren, nicht zuletzt durch ihre oftmals aktive Mitwirkung am Nationalsozialismus, diskreditiert. Die Hochfinanz, die im 19. Jahrhundert einen weltweiten Geldmarkt geschaffen hatte, galt als Hauptverantwortliche für die Weltwirtschaftskrise. Liberale und Kosmopoliten sträubten sich zwar gegen einen nationalen Machtbehälter, doch ihre Glaubwürdigkeit war nachhaltig untergraben. Gleichzeitig hatte die Sowjetunion einen wesentlichen Beitrag zur Niederschlagung des Nationalsozialismus geleistet und einen Teil Europas in ihren Einflussbereich gebracht. Die Attraktivität eines alternativen Gesellschaftsmodells war groß, vor allem solange die Grauen des Stalinismus nicht bekannt waren. So war die bloße Existenz der Sowjetunion von entscheidender Bedeutung für die westeuropäische Erfolgsgeschichte nach dem 2. Weltkrieg. Der Marshall-Plan stellte ein so großzügiges Wiederaufbauprogramm dar, wie es keinem Verlierer in der jüngeren Weltgeschichte je zuteil wurde. Die Entwicklungsländer hoffen bis heute vergeblich darauf, einen Bruchteil dessen als Hilfeleistung zu erhalten. Neben der Wirtschaftshilfe förderten die USA die politische Konsolidierung der westeuropäischen Nationalstaa-

*Ausgangslage  
nach dem  
2. Weltkrieg*

*extreme Rechte  
war nachhaltig  
delegitimiert*

ten, um sie als Gegenkraft zur Sowjetunion zu stärken. Von ganz entscheidender Bedeutung war außerdem, dass die Räume ökonomischen und politischen Handelns eine Zeit lang zusammenfielen. Diese historisch-geografische Besonderheit, dass dem Kapital im Kapitalismus enge Grenzen gesetzt werden, ist eine nicht zu unterschätzende Vorbedingung jeglicher Reformpolitik im Kapitalismus. Kapitalverkehrskontrollen beschränkten den internationalen Kredit- und Geldmarkt und verhinderten, dass die politische Souveränität durch die Investitionsentscheidungen der Unternehmen untergraben wurde. Zu guter Letzt kam noch hinzu, dass die extreme politische Rechte nachhaltig delegitimiert war, was die gemäßigte Rechte zwang, sich inhaltlich den SozialdemokratInnen anzunähern. So konnten Sozial- und Christdemokratie in Europa für einige Jahrzehnte einen Wohlfahrtsstaat aufbauen, der dem Kapitalismus seine „goldenen Jahrzehnte“ von hohem Wirtschaftswachstum und sozialem Fortschritt bescherte (Dunford 2002).

Es gab in der Geschichte des Kapitalismus keine andere Zeit, während der sich weltweit die Lebenschancen der Menschen so nachhaltig verbesserten. Soziale Leistungen wurden nicht als marktfähige Waren und Dienste verkauft, sondern die Menschen, die innerhalb des Machtbehälters lebten, hatten soziale und öffentliche Rechte (Bowles, Gintis 1986). Diese waren zwar nur teilweise Staatsbürgerrechte, weil oftmals stark an die Beschäftigung gebunden. Da aber Vollbeschäftigung herrschte, erlangten die meisten als Angestellte und ArbeiterInnen eine nicht unwesentliche Unabhängigkeit gegenüber einzelnen Unternehmern. Dieses solidarische Gesellschaftsmodell hatte aber nur innerhalb der engen Grenzen Gültigkeit, gleichsam „Solidarität in einem Land“. Soziale Rechte gelten in einem Territorium und schließen damit andere aus. In diesem Sinne sind sie ungerecht gegenüber Dritten. Die internationalistische Herausforderung, mit Solidarität weltweit Ernst zu machen, war aber nicht Teil des Denkens und Handelns der politischen Kräfte, die den Sozialstaat im eigenen Land ausbauten.

Im nationalen Machtraum selber aber war die Ausweitung der Staatstätigkeiten auf Bildung, Gesundheit und Altersvorsorge nicht einzig ein quantitatives Phänomen, sondern sie brachte vor allem qualitative Veränderungen: Die Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie wurden über den engen politischen Bereich hinaus auf Ökonomie und Gesellschaft ausgeweitet. Die Vernunft der Menschen wurde eingesetzt, um die Bedürfnisse aller zu befriedigen. Deshalb stand die rationale Planung im Zentrum politischen Handelns. Eine offene Gesellschaft, wie sie Karl Popper (2003) vorschwebte, plante gesellschaftliche Reformen. All dies schuf ein Niveau sozialer Sicherheit, das historisch einzigartig war und immer größeren Bevölkerungsgruppen erlaubte, gleichberechtigt an wichtigen Teilen des gesellschaftlichen Lebens teilzuhaben. Auf diese Weise entstand ein ständig wachsender Bereich der Öffentlichkeit, von öffentlichen Diensten wie Post, Bahn und Altersvorsorge bis zu öffentlichen Gütern wie Strom und Straßen. Dieses öffentliche Prinzip der Wohlfahrt als ein soziales Recht für alle stellt den zentralen Unterschied zum liberalen Fürsorgestaat dar, der seine Sozialleistungen den Bedürftigen nach Maßgabe der staatlichen Großzügigkeit zukommen lässt (Jäger et al. 2001).

*Vernunft der Menschen wurde eingesetzt, die Bedürfnisse aller zu befriedigen*

Es erweiterten sich aber nicht nur die Entfaltungsmöglichkeiten für große Teile der Bevölkerung, sondern es wuchs auch gleichzeitig die Wirtschaft, es stiegen die Löhne und die Gewinne blieben hoch (Dunford 2002). Die Zauberformel, die diesen Kompromiss absicherte, bestand darin, Konflikte durch Wirtschaftswachstum zu lösen. Wenn der Kuchen wächst, dann ist der Verteilungskampf einfacher. Im Liberalismus wird der Lohn einzig als Kostenfaktor gesehen, der die Wirtschaftskraft schwächt, weil er die Unternehmen belastet. Gegen dieses statische Denken argumentierte Keynes dialektisch: Löhne sind Kosten für die Unternehmen und Nachfrage auf dem Gütermarkt gleichzeitig. Daher sind niedrige Löhne für das einzelne Unternehmen gut, die Unternehmerschaft braucht aber Kaufkraft und profitiert daher von einer möglichst großen gesellschaftlichen Lohnsumme. Keynes verstand den Kapita-

*nicht nur Entfaltungsmöglichkeiten der Bevölkerung wuchsen, sondern auch die Wirtschaft*

*Keynes zur Lohnkosten-debatte*

*lenkende Rolle  
des Staates*

lismus als dynamische Ordnung, die Wohlstand produziert. Er erkannte, dass es vernünftig ist, die ProduzentInnen des Wohlstands auch an diesem teilhaben zu lassen: Massenproduktion für den Massenkonsum war das wirtschaftspolitische Grundprinzip der Wirtschaft. Wirtschaften ist kein stagnierender Kreislauf, sondern eine Spirale der Akkumulation. Diese organisierte der Keynesianismus im nationalen Machtraum, indem Gesellschaft und Wirtschaft einer Maschine gleich gesteuert wurden. Die eingeschränkte Internationalisierung schwächte die Verhandlungsmacht der Unternehmen; der demokratisierte Machtraum wurde zu einem Raum souveräner Rechtssetzung. Innerhalb der nationalen Grenzen erlangten soziale Rechte universelle Gültigkeit und schufen längerfristig Kaufkraft. Die Steuerung der effektiven Nachfrage durch den Nationalstaat, der in Europa wesentlich in Sozialausgaben und in den USA zu einem guten Teil in Militärausgaben investierte, ist bis heute die wirksamste Form, um die Akkumulation anzukurbeln. Die zentrale wirtschaftspolitische Innovation, die der Keynesianismus brachte, war nämlich die Sozialisierung von Investitionsentscheidungen mittels staatlicher Kreditpolitik und Wirtschaftsförderung (Keynes 1991: 378). Staatliche ExpertInnen und nicht länger Unternehmer allein entschieden über Investitionen und damit über die Zukunft: Bahn oder Straße, Spital oder Panzer, Hochschule oder Volkstheater ... Durch die Kontrolle von Betrieben und Kreditwesen gelang es dem Staat, die Investitionen der öffentlichen Hand, aber auch der Privaten in die Richtung zu lenken, die ihm als sinnvoll erschien.

Der Wohlfahrtsstaat war allerdings weiterhin Teil des Kapitalismus und damit in all seine Widersprüche verwickelt. Der kapitalistische Staat als politische Macht, die keinen direkten Zugriff auf das Eigentum und damit die Machtbasis der Vermögensbesitzenden hat, ist essenzieller Bestandteil des Kapitalismus. Dies soll nicht bedeuten, dass sich diese Staatlichkeit nicht veränderte: Vom Nachtwächterstaat wandelte er sich zum Sozialstaat; von der Monarchie zur parlamentarischen Demokratie. Breiten Teilen der Bevölkerung eröffnete



sich der Zugang zu Teilen des Staatsapparats und der öffentlichen Mittel. Nichts geändert hat sich aber am Umstand, dass der Staat ein von der Gesellschaft abgesonderter Apparat ist, dessen bürokratische Eigenlogik gegenüber demokratischer Beteiligung relativ resistent blieb. Die Mitgestaltungsmöglichkeiten im Stadtteil, in der Uni, im Ministerium, der Schule oder im Spital waren weiterhin eingeschränkt. An dieser patrimonialen Tradition, die den Staat als Privateigentum der Herrschenden ansieht (Weber 1970: 580ff), änderte sich auch im Wohlfahrtsstaat wenig.

*„Staat von der Gesellschaft abgekoppelter Apparat“*

Die westeuropäischen Gesellschaften blieben Klassengesellschaften, wiewohl sich die Lebensverhältnisse radikal verbesserten und die Widersprüche zugedeckt wurden. Zwar wurden in der Nachkriegszeit wichtige Branchen verstaatlicht und die verstaatlichte Industrie zu einem wichtigen Sektor der österreichischen Volkswirtschaft, der die Grundstoffindustrie umfasste und einen großen Teil der Infrastruktur bereitstellte. Worin die am Allgemeinwohl orientierte Aufgabe öffentlichen Eigentums besteht, entschied ein enger, von der Öffentlichkeit weitgehend abgeschotteter Kreis der Staatsbürokratie, der Sozialpartnerschaft und der Politik. Der Gewerkschaftsbewegung gelang zwar die Einführung eines Arbeitsverfassungsgesetzes, sie unternahm aber darüber hinaus nur wenige Anstrengungen für mehr Wirtschaftsdemokratie. Die verstaatlichten Betriebe, vielfach genauso organisiert wie Privatunternehmen, eröffneten den BürgerInnen nur eingeschränkt weitgehende Zugangsmöglichkeiten zu diesem an sich öffentlichen, dem Volk gehörenden Eigentum. Der Wohlfahrtsstaat konnte kein Konzept öffentlichen Eigentums entwerfen. Dieses Versäumnis machte sich entscheidend bemerkbar, als es galt, diesen öffentlichen Sektor zu verteidigen.

*Wohlfahrtsstaat konnte kein Konzept öffentlichen Eigentums entwerfen*

### 1.5. Die Gier erwacht erneut

Der Kapitalismus ist eine Reichtumsproduktionsmaschine, die keine Rücksicht auf Mensch und Umwelt nimmt. Die allgemeine Armut alleine hätte daher sicherlich nicht ausgereicht, dass in

der Nachkriegszeit eine Politik allgemeiner Wohlfahrt so unbestritten war. Vielmehr verdankt sich dies dem Umstand, dass die Vermögensbesitzenden nach 1945 für einige Zeit von der politischen Bildfläche verschwanden, weil sie politisch diskreditiert waren. Nicht nur die Beamten- und die Richterschaft, sondern auch die Unternehmerschaft war eng verwoben mit dem Nationalsozialismus. Sie konnten dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates keinen ernsthaften Widerstand leisten. Erst in den 1960er Jahren gewannen sie wieder an Einfluss, weil sich die wohlfahrtsstaatlichen Reformen radikalisierten. Nationale Befreiungsbewegungen waren in vielen Ländern Afrikas und Asiens an die Macht gekommen. Linke Volksbewegungen gewannen in Lateinamerika an Einfluss, die Studentenbewegung erschütterte Europa und die USA und erstarkte Gewerkschaften regierten in die Betriebe hinein. Gefährliche Fragen durften plötzlich gestellt werden: Ist das Recht auf Gesundheit höher zu bewerten als das Recht auf Eigentum? Wie groß darf eine Steuererhöhung ausfallen, wenn auf diese Weise die Arbeitslosigkeit gesenkt werden kann? Allein derartige Fragen zu stellen war für die bestehende Ordnung subversiv. Nicht länger blieb das Besitzstandsdenken Monopol der Besitzenden, sondern auch die Nicht-Besitzenden erhoben Ansprüche auf den gesellschaftlich produzierten Reichtum. Re-Aktion war daher aus der Sicht des Establishments hoch an der Zeit!

*„religiösen  
Überbau für  
Neoliberale  
lieferten  
Marktfunda-  
mentalisten wie  
Hayek und  
Friedman“*

Pinochet, Reagan und Thatcher waren die Agierenden. Den religiösen Überbau lieferten Marktfundamentalisten wie Hayek und Friedman (Plehwé, Walpen 1999). Das Drehbuch verfassten Konzerne und Vermögensbesitzer: Mit Riesenschritten wurden ganze Volkswirtschaften umgedreht und begann die Rückkehr zur liberalen Marktgesellschaft des 19. Jahrhunderts, in deren Mittelpunkt der Besitzindividualismus steht (McPherson 1962). Der Abbau von Wohlfahrtsstaat und Demokratie diente dazu, öffentlich-rechtliche Kriterien aus dem Bereich des Sozialen und der Wirtschaft zu verbannen. Öffentliche Diskussionen über gleiche Chancen und Rechte, über das Allgemeinwohl im Bildungs- und Gesundheitssektor

wurden ersetzt durch die Privatisierung gesellschaftlichen Reichtums. Der Liberalismus, der fortan zur vorherrschenden Ideologie wurde, ist eine Bewegung, „die ein Zuviel an Regierung vermeiden will“ (Schmid 1991: 62). Um Besitz und Marktfreiheit nicht zu gefährden, ist es notwendig, die demokratische Mitbestimmung einzuschränken (Hayek 1978: 113ff). Es ist daher kein Zufall, dass die liberale Gegenoffensive 1973 mit dem Sturz der demokratisch gewählten chilenischen Regierung unter Salvador Allende begann. Vor mehr als zwanzig Jahre traten Margret Thatcher und Ronald Reagan zur Umsetzung ihrer liberalen Revolution an. Und heute ist die EU dabei, sich eine wirtschaftsliberale Verfassung zu geben, die sich „dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ verpflichtet (Artikel III-69). Die Vision einer besitzbürgerlichen Marktgesellschaft, die vor 300 Jahren eine fortschrittliche Alternative zu den feudalen Strukturen darstellte, scheint im Übergang zum 21. Jahrhundert Wirklichkeit zu werden. Globalisierung, Markt, Unternehmertum und Wettbewerb sind die Schlüsselbegriffe dieser neuen Ordnung. Im Kern geht es darum, den auf Rechten basierenden Wohlfahrtsstaat in einen Fürsorgestaat zu transformieren, der mehr oder weniger repressiv bzw. großzügig ist. Das Konzept eines „sozialen Rechts“ soll aus dem Bewusstsein verdrängt werden. Sozialausgaben und Löhne werden heute auf ähnliche Weise gesenkt wie in der Zwischenkriegszeit. Liberale Wirtschaftspolitik ist nämlich entgegen der landläufigen Meinung wachstumsfeindlich (Dunford 2002). Liberale Wirtschaftspolitik fürchtet nichts mehr als Inflation und starke Gewerkschaften. Deshalb werden die Zinsen hoch und die Staatsausgaben niedrig gehalten. Massenarbeitslosigkeit einerseits, Sparpolitik andererseits schwächt die Verhandlungsposition derjenigen, die mehr Sozialstaat und höhere Löhne fordern. So fehlt Europa die Kaufkraft. Unternehmerförderung bedeutet entgegen dem liberalen Kredo nicht automatisch Wachstumsförderung. Die hohen Gewinne der deutschen Unternehmen verhindern nicht die Zunahme der Arbeitslosigkeit (Schäfer 2003: 634). Das Zusammenspiel von Maastricht-Kriterien und monetaristischer Geldpolitik der Europäischen Zentralbank

*auf Rechten  
basierender  
Wohlfahrtsstaat  
soll zu Fürsorge-  
staat werden*

*liberale  
Wirtschaftspolitik  
ist wachstums-  
feindlich*

untergräbt vielmehr die Möglichkeiten, via Wirtschaftswachstum die gesellschaftlichen Konflikte zu lösen. Die Folge schlepender wirtschaftlicher Entwicklung sind die Umverteilung zulasten der Mittel- und Unterschicht, die Schwächung des Wohlfahrtsstaats und der Vertrauensverlust der Demokratie. Die Politik sieht sich einer Legitimationskrise gegenüber.

In Österreich finden all diese Entwicklungen mit Verspätung statt. Dies liegt am 14-jährigen Intermezzo einer rot-schwarzen Koalition, die Wirtschaftsliberalismus mit der Verteidigung des Wohlfahrtsstaates kombinierte. Mit Schwarz-Blau hat sich Österreich der europäischen Normalität angepasst: Der Liberalismus liefert die profane Religion für die veröffentlichte Meinung, die politische Rechte entledigte sich ihrer christdemokratischen Wurzeln und die politische Linke verschrieb sich dem Sozialliberalismus (Novy 2002: Kap. 10). In diesem Sinne geht die Demontage des Wohlfahrtsstaates einher mit einem Abgehen von politischen Traditionen, in denen Konsens und Kompromiss im Mittelpunkt standen.

## 2. Den Konflikt wagen

*Menschen  
werden  
gegeneinander  
ausgespielt*

Die sozialen und politischen Kräfte, die für alle Freiheit und Gerechtigkeit wollen, sind heute in der Defensive. Auf vielfältige Weise werden die Menschen gegeneinander ausgespielt: Beamte gegen Selbstständige, ArbeiterInnen gegen Angestellte, Beschäftigte bei uns und in anderen Ländern. Konkurrenz wird zum Leitprinzip, zivilisierte und solidarische Formen des Miteinanders treten in den Hintergrund. Die Demontage des Wohlfahrtsstaats ist ein politischer Erfolg derjenigen, die zurück zur liberalen Welt des Besitzindividualismus für wenige wollen. Dagegen gilt es anzukämpfen, indem eine politische Bewegung gebildet wird, die die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse erneut verschiebt.

Dafür benötigen wir konkrete Utopien, die nicht auf dem Reißbrett entworfen werden, sondern im gemeinsamen Handeln engagierter Menschen entstehen. Die konkrete Utopie

der Teilhabe zum Beispiel entsprang aus dem langjährigen Experimentieren mit Formen einer teilhabenden Demokratie, die möglichst vielen Menschen möglichst viele Möglichkeiten eröffnet, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Das partizipative Budget in Porto Alegre gilt hierbei als Vorzeigeprojekt (Novy 2002). Entwicklung wird demnach als Freiheit definiert, das eigene Leben zu gestalten (Sen 1999). Persönlichkeitsentwicklung und gesellschaftliche Entwicklung werden zu einem gemeinsamen politischen Projekt der Emanzipation. An die Stelle der Verwaltung der Menschen durch die Menschen, wie dies der bürokratische Wohlfahrtsstaat organisierte, tritt ein Gemeinwesen, das allen Mitgliedern Möglichkeiten eröffnet (Novy 2003). In einem an Teilhabe orientierten Wohlfahrtsstaat werden neue Formen von Eigentum und von Selbstorganisation gefördert. Alfred Dallingers aktive Arbeitsmarktpolitik ist hierbei immer noch die bedeutendste Referenz. Es geht aber auch um neue Formen von Arbeitsteilung und damit eine neue Verbindung von Macht und Wissen. Die Monotonie der Arbeit färbt auf das gesamte Leben ab (Smith 1983). Sinnentleerte Arbeit verdimmt die Arbeitenden. Wer in seinem Arbeitsleben nicht denkt und lernt, der wird dies nirgends tun. Neue Organisationsformen sind deshalb notwendig, die möglichst für alle Chancen eröffnen zum kreativen Gestalten des eigenen Lebens und des sozialen Raumes. Wir brauchen Mut, partizipatorische Organisationsformen auszuprobieren (Albert 2002). Deshalb muss die Grundstruktur des Kapitalismus, seine Gewinn- und Ausschließungslogik, verändert werden. Statt jedes Problem mit mehr Wettbewerb zu lösen, gilt es, mit Formen kooperativen und partizipativen Handelns zu experimentieren. Wenn das Privateigentum an Produktionsmitteln in der Vergangenheit zum Wirtschaftswachstum beitrug, so zeigen die Fragen von Patentrecht, Open Source und Landlosenbewegung einerseits, von Öl- und Rüstungskonzernen und Medienmonopolen andererseits, wie problematisch es heute geworden ist. Die ganze Welt zu einer Ware zu machen gefährdet jede zivilisatorische Bestrebung, die Raum für das Gemeinsame und Öffentliche braucht. Die Privatisierung öffentlicher Räume, die Degradierung von

*Gewinn- und Ausschließungslogik des Kapitalismus muss verändert werden*

*die ganze Welt zu einer Ware zu machen gefährdet jede zivilisatorische Bestrebung*

Gesundheits- und Bildungsleistungen zu Waren schafft eine Marktgesellschaft, die Geiz und Gier zur moralischen Norm macht.

Der Macht des Kapitals können nicht einzig von staatlichen Bürokraten Grenzen gesetzt werden, denn weder der Staat noch eine/r seiner VertreterInnen ist Hüter des Allgemeinwohls. Vielmehr ist er ein Kräfte- und Herrschaftsverhältnis und daher geht es um die Öffnung des Staates und die Überführung bürokratisch-zentralistischer Apparate in Organisationen des Gemeinwesens, die die Teilhabe der Bevölkerung ermöglichen. Der Staat ist kein einheitlicher Akteur, sondern ein umkämpfter sozialer Raum, den sich mächtige gesellschaftliche Gruppen aneignen. Auch Gegenmacht bilden heißt daher Aneignung, damit alle an Staat und Gesellschaft teilhaben können. Noch ist aber kein Akteur in Sicht, der dieser historischen Herausforderung gewachsen wäre. Deshalb können die liberalen Kräfte heute erneut ihr Projekt des Sozialabbaus einstweilen weitgehend widerstandslos umsetzen. Für progressive Veränderungen bedarf es nämlich der Bildung von Menschen und Organisationen. Der Blick in die Vergangenheit könnte engagierten Menschen helfen, durchaus selbstkritisch die Einsichten früherer Bewegungen und Kämpfe für heute zu nutzen. Die Grundstruktur unserer Gesellschaft ist nämlich trotz großer Wohlfahrtsgewinne in den letzten 200 Jahren gleich geblieben. Der Konflikt Arbeit – Kapital ist weiterhin zentral, die Spaltung in Reiche und Arme in jedem einzelnen Land und weltweit stellt weiterhin die zentrale gesellschaftliche Kluft dar. Die politische Linke bräuchte sich nur an dieses Wissen zu erinnern. Die politischen Kräfte, die sich nicht zur Linken bekennen, können aber ebenfalls an kirchliche und reformerische Bemühungen – wie z. B. von Selbsthilfe und Genossenschaftswesen – anschließen. Es wird nämlich einer umfassenden und kritischen Bewegung bedürfen, um Solidarität und Freiheit für alle heute wirksam werden zu lassen. In Österreich besteht der vielleicht schwierigste Lernschritt wohl darin zu erkennen, dass Konsensbereitschaft erstritten werden muss. Diejenigen, die eine Gesellschaft des Dialogs und des Konsenses wollen, müssen

*Konsens-  
bereitschaft  
muss erstritten  
werden*

gelegentlich die Mächtigen, die an ihren kurzfristigen Privilegien hängen, herausfordern und Konflikte austragen, um genau diesen Dialog und Konsens einzufordern. Dies ist die zentrale Lehre aus der Geschichte des Wohlfahrtsstaates.

**Bibliographie:**

- Albert, M. 2002. Parecon. Life after Capitalism. London: Verso
- Becker, J., Novy, A. 1999. Chancen und Grenzen einer alternativen Kommunalpolitik in Wien. Ein Überblick. Kurswechsel 2: 51–6
- Belabed, E. 2003. Angriffe auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen – Ende der Konsenspolitik. In: WISO 3/03: 13–34
- Bowles, S., Gintis, H. 1986. Democracy and Capitalism. London: Routledge & Kegan Paul
- Dunford, M. 2002. Globalization and theories of regulation. In: Palan (ed.) Global Political Economy. London: Routledge: 143–167
- Hayek, F. A. 1978. The Constitution of Liberty. Chicago: University of Chicago Press
- Hobsbawm, E. 2002. Interesting Times: A Twentieth Century Life. London: Penguin Books
- Jäger, J. et al. 2001. Sozialpolitik in der Peripherie. Entwicklungsmuster und Wandel in Lateinamerika, Afrika, Asien und Osteuropa. Frankfurt a. M.: Brandes&Apsel/Südwind.
- Keynes, J. M. 1991. The General Theory of Employment, Interest, and Money. San Diego: Harvest
- McPherson, C. B. 1962. The political theory of possessive individualism: Hobbes to Locke. Oxford: Clarendon Press.
- Novy, A. 2002. Entwicklung gestalten. Gesellschaftsveränderung in der Einen Welt. Geschichte – Entwicklung – Globalisierung (GEG) 5. Frankfurt/Wien: Brandes&Apsel/Südwind
- Novy, A. 2003. Der umkämpfte Wohlfahrtsstaat. In: Faschingeder, G. et al. (Hrsg.): Bewegung macht Geschichte – Globale Perspektiven für Gesellschaftsveränderung. Wien, Mandelbaum Edition Südwind
- Plehwe, D., Walpen, B. 1999. Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. Prokla 115.
- Polanyi, K. 1978. The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt: Suhrkamp
- Popper, K. 2003. Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Band 2. Tübingen: Mohr Siebeck
- Schäfer, C. 2003. Mit einer ungleicheren Verteilung in die schlechtere Zukunft – Die Verteilungsentwicklung in 2002 und in den Vorjahren. In: WSI-Mitteilungen 11/2003: 631–643
- Schmid, W. 1991. Auf der Suche nach einer neuen Lebenskunst. Die Frage nach dem Grund und die Neubegründung der Ethik bei Foucault. Frankfurt: Suhrkamp
- Screpanti, E., Zamagni, S. 2001. An Outline of the History of Economic Thought. Oxford: Clarendon Press
- Sen, A. 1999. Development as Freedom. London: Oxford University Press (deutsch: Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. Carl Hanser Vlg., München 1999).
- Smith, A. 1776. The Wealth of Nations (Book IV and V). Harmondsworth: Penguin
- Weber, M. (1970) Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen: Mohr [Studienausgabe, basierend auf der Erstausgabe von 1914]



INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

# WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:\* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)  
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00  
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(\* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at))

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at).



## BESTELLSCHEIN\*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

\* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

Name \_\_\_\_\_

Institution/Firma \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Plz/Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

### BESTELLADRESSE:

ISW  
Weingartshofstr. 10, A-4020 Linz  
Tel. ++43/732/66 92 73-33 21  
Fax ++43/732/66 92 73-28 89  
E-Mail: [wiso@ak-ooe.at](mailto:wiso@ak-ooe.at)  
Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)